



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 1 / März 2021

www.prodemokratie.com

Die Pandemie ist nicht die Krise

Das kapitalistische Versprechen, dass, wenn wir uns nur sehr anstrengen und brav arbeiten, wir es schon zu etwas bringen können, ist ja für die Mehrheit der Österreicher*innen schon die letzten 10/15 Jahre nicht mehr wahr und dieses Versprechen wird gerade mit den Krisenfolgen, die sich durch die Pandemie verstärkt und schneller zeigen, für immer mehr Menschen Schall und Rauch.

Die Corona-Pandemie ist keine Corona-Krise

Die Corona-Pandemie fällt nur zusammen mit der schon länger schwelenden Krise der Profitwirtschaft. Diese zeichnet sich nicht nur durch die weltweit verbreitete Art des Produzierens rund um den Erdball (Globalisierung), des Umverteilens der weltweit geschaffenen immensen Wertschöpfung hin zu den Konzernen und Reichen aus. Diese Wirtschaft, die auf Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt beruht, erzwingt immer unwürdiger werdende (Über-)Lebensbedingungen. Diese Art des Wirtschaftens bringt nicht nur den lebensbedrohlichen Klimawandel, Klimakatastrophen, sondern auch solche Pandemien hervor. Diese Art des Wirtschaftens und diese Politik, die diese Profitwirtschaft schützt und exekutiert, kann auch die rasende Ausbreitung der Pandemie nicht eindämmen. Sie kann nicht einmal eine Pandemie im Sinne und vor allem im Interesse des Schutzes der Gesundheit und Sicherheit der Menschen managen. Weil eben NICHT der Mensch im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik steht, sondern „koste es was es wolle“ der Profit - wie zuletzt sichtbar beim Impfstoff-Hin- und Her.

Chris Lohner

„Ich verachte mittlerweile den höhnischen Spruch: ‚Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns Menschen gut‘ – was ist, wenn keine Menschen mehr da sind? Wir müssen aus der Pandemie lernen – Raffgier, Profitgier führen zur Katastrophe.“

Chris Lohner, ehemalige ORF-TV-Moderatorin und „ÖBB-Stimme“ seit Jahrzehnten, fasste so nach ihrer überstandenen Corona-Erkrankung ihre Erfahrungen zusammen und kann oder will laut „Kurier“ mit den politischen Entscheidungsträgern dieses Landes keine Freundschaft mehr schließen. (Kurier, 9. 2. 2021)

Die durch den gesellschaftlichen und den technischen Fortschritt, Automatisierung, Rationalisierung, Digitalisierung, an sich nicht schlechte Folge, dass immer weniger notwendige Arbeit erforderlich ist, führt unter dem Diktat der Wirtschaft zu noch mehr Ungleichheit: steigender Arbeitslosigkeit, steigender Armut für viele, zu zunehmendem Reichtum für einige wenige!



Weltweit haben die Superreichen laut Analyse der Schweizer Großbank UBS und des Beratungsunternehmens PwC im Pandemiejahr 2020 ihr Vermögen um 28% vermehrt (WirtschaftsWoche, 7. 10. 2020). In Österreich gehört rund 300 Superreichen über ein Drittel des Finanzvermögens, rund 50.000 Personen haben 55 Prozent davon (AK Wien, NÖ). Was die Millionäre angehäuft haben, wurde zuvor über Jahrzehnte von Millionen von arbeitenden Menschen erwirtschaftet und wurde ihnen durch niedrige Löhne, Gehälter oder Pensionen vorenthalten! Darüber hinaus stammen 80 bis 85 Prozent des Steueraufkommens des Staates direkt von den arbeitenden Menschen.

Das müsste nicht sein. Durch Arbeitszeitverkürzung, höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen (mehr Personal, mehr Ressourcen) in vielen schon jetzt und erst in Zukunft so notwendigen Berufen und Tätigkeiten (z.B. Pflege, Erziehung, Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, usw.) ist ein sinnvolles, ökonomisch, sozial und geistig reichhaltiges Leben möglich. Denn es gibt genug Reichtum, so dass jede/von uns genug für ein gutes Leben hätte, wenn das, was zur Verfügung steht, was erarbeitet wird, was die Gemeinschaft an Wohlstand und Reichtum erzeugt, richtig für die Masse der arbeitenden Menschen eingesetzt und gerecht verteilt wird.

Profitwirtschaft braucht Ausbeutung und erzeugt Krisen

Dieses auf Ausbeutung und Profit aufgebaute Wirtschaftssystem ruiniert schon in Friedenszeiten Erde, Wasser, Luft, die Gesundheit der Menschen und droht uns zudem mit Kriegen der Großmächte und ihrer Konzerne um Rohstoffe, Absatzmärkte, Macht und Einflussphären zu überziehen.

Schon seit 20 Jahren rechnen Expert*innen mit einer Pandemie. Doch die Regierungen, die im Interesse der Bevölkerungen handeln sollten, haben keine Vorbereitungen getroffen, im Gegenteil: überall wurden und werden weiterhin die Gesundheitssysteme mehr oder weniger heruntergefahren.

Aus der Wirtschaftskrise wird eine „Corona-Krise“ gemacht

Was heißt den eigentlich „Coronakrise“? Dass Corona in der Krise sei? Das wäre super, dann hätten wir ein Problem weniger. Und je heftiger die Wirtschaftskrise wird, heißt es immer öfter: „Corona ist der Feind“, Corona ist schuld an der Wirtschaftskrise. Doch das ist so nicht wahr. Die Wirtschaftskrise ist eine Krise der Profitwirtschaft. Die Pandemie verschärft diese Krise und macht brutal das Versagen des kapitalistischen Systems nicht nur bei der unmittelbaren Bekämpfung der Pandemie, sondern auch bei den Pandemiefolgen deutlich. Um davon abzulenken, nutzen Konzernen und Reiche, ihre politischen Vertreter*innen, das gesamten Establishment, das Virus für ihre Propaganda: Der „Feind“ ist Corona, Corona ist schuld am Desaster, nicht das kapitalistische Profitsystem. Aus, Schluss, basta. Frage nicht, arbeite solange du noch einen Job hast, kusch, kauf und gehorche. Konsumiere, jeder für sich allein, das von riesigen Internetkonzernen vorgefabrizierte virtuelle, digitale „Leben“, als Einbahnstraße und nach dem Motto „alles Gute kommt von oben“ und akzeptiere den persönlichen, sozialen und ökonomischen Niedergang.

So kommen immer mehr Menschen in ökonomische, soziale, körperliche und seelische Bedrängnis und Not und werden damit mehr oder weniger im Namen von „Eigenverantwortung“ allein gelassen – und noch mehr ausgebeutet. Gleichzeitig werden damit satte Internetgeschäfte gemacht. Dein bester Freund soll der Kanzler und der PC sein. Für private Treffen musst Du jetzt die Spionagekamera von Google & Co einschalten. Willst Du dich zu Hause „treffen“, dann macht Zoom nach 40 Minuten Schluss – oder Du zahlst, damit man Dich zu Hause mit anderen virtuell austauschen lässt – und hört und sieht dabei noch zu. Schöne, neue Welt – für wen?

Hetze, Spaltung, Drohung

Die Obrigkeit ist schon in den vergangenen Jahrzehnten mit Hilfe der Massenmedien daran gegangen, einen nicht unerhebliche Teile der Gesellschaft wie Arbeitslose, Sozialhilfebezieher, Arme, Flüchtlinge, Asylwerber, Obdachlose gegenüber dem Rest der Bevölkerung zu ächten und als „Minderleister“ und Schmarotzer an der Gesellschaft hinzustellen. Die Reichen hingegen, die ihren Reichtum durch die Ausbeutung der überwältigenden Mehrheit der Menschen erreichten und die wirklichen Schmarotzer sind, sie werden hingegen als „Leistungsträger“ verherrlicht. In Wirklichkeit müssen dauernd alle viel leisten, damit sich ein paar wenige alles leisten können. Was für ein Menschenbild!

Noch werden die Pensionist*innen nicht neuerlich angegriffen, wohl auch, weil die große Masse von ihnen im Schnitt sowieso nur rund 1.000 Euro netto zur Verfügung hat, eine Kürzung zu Protesten und zu breitem Einnahmenverlust für die Wirtschaft führen würde. Aber die Hacklerpension wurde schon wieder abgeschafft und eine Hinaufsetzung des Pensionsantrittsalters auf 70 Jahre wurde bereits wieder in den Raum gestellt.

Die, die noch Arbeit und Einkommen haben, sollen den Mund halten, wird ihnen ja dauernd damit gedroht, dass sie doch froh sein sollen, noch Arbeit zu haben. Tatsächlich müssen sie befürchten demnächst auch arbeitslos zu werden. Die über 500.000 Arbeitslosen und Notstandsbezieher werden mit Einmalzahlungen abgespeist und hingehalten, statt den Bezug auf Dauer auf internationales Niveau anzuheben. Diejenigen, die in Kurzarbeit sind, sollen zufrieden sein, dass sie „nur“ bis zu 20% Lohn/Gehalt verlieren. Gleichzeitig wird für nach der Pandemie die Senkung des Arbeitslosengeldes, die Auflösung der Notstandshilfe in die viel schlechtere „Sozialhilfe“ diskutiert. Spätestens da sollten bei den Gewerkschaftsspitzen die Alarmglocken läuten!

Während Industrie, Konzerne, Großbauern, Forst- und Waldbesitzer von der Regierung Milliarden aus unseren Steuergeldern als „Coronahilfe“ zuerkannt bekommen, werden Einpersonenunternehmen (EPU) bzw. Soloselbständige, Kleinbetriebe, kleine freie Kulturschaffende, aber auch Studierende zu Bittstellern degradiert oder fallen ganz durchs Netz.

Vom Casino-Kapitalismus zum Zwangs-Kapitalismus

Konzerne, Banken, Versicherungen und die Unternehmerklasse insgesamt, betrachten Regierung und Staatsapparat als ihre politischen Geschäftsführer und Vollstrecker. Das zeigen gerade wieder einmal die jüngsten Korruptionsfälle um vermutete Einflussnahme auf Gesetze (z.B. Novomatic) oder Ausnutzung von BVT und Polizei für Firmenzwecke (z.B. Wirecard). Und viele Unternehmer und ihre Interessenvertreter verabscheuen und verachten ganz unverblümt das von der Bevölkerung gewählte Parlament, Gesetze, Justiz. So kommt es in regelmäßigen Abständen und zuletzt immer häufiger offen zu Reibereien und zum Schlagabtausch zwischen Politikpersonal, Wirtschaftsbossen und Wirtschaftskammerhäuptlingen (z.B. Tiroler Wirtschaft, Tiroler Landeshauptmann, Bundesregierung). Manche fordern schon direkt, dass in der Regierung „Wirtschaftsführer“ an der Macht sein sollen (siehe Kurier, 30.1.2021).

Die Anforderung der Konzerne an die Politik ist, die Menschen im Interesse der Profite der Wirtschaft gefügig zu machen, ruhig zu halten, zu disziplinieren und zu kontrollieren. Dieser Wunsch der Wirtschaft wird mit steigender Arbeitslosigkeit und den drohenden Insolvenzen zunehmen. Jetzt hofft die Regierung, das alles noch mit Hilfe von ÖGB, AK, SPÖ bewältigen zu können. Die Wirtschaftsseite und ihre Regierung machen „Zugeständnisse“ der Art, dass sie der Arbeitnehmerseite ein bisschen geben, den Unternehmen aber ein Vielfaches davon – siehe oben.

Das zeigt sich bei der ungerechten Verteilung der Corona-Hilfs-Milliarden. Laut Analyse des Momentum-Instituts entfallen nach dem Rahmenplan des Finanzministeriums bis 2024 auf die Arbeitnehmer*innen nur ein Drittel (21 Mrd. Euro) der Hilfgelder, zwei Drittel (42 Mrd. Euro) hingegen auf die Unternehmen. Bei den Kosten aber ist es umgekehrt: Drei Viertel sollen die Arbeitnehmer- und Konsument*innen bezahlen, nur ein Viertel der Unternehmenssektor (Kurier, 16.1.2021).

Das zeigt sich auch bei der Neuregelung des Insolvenzrechts, das Firmen leichter aus der Insolvenz hilft als Menschen aus dem Privatkonkurs. Das zeigt sich auch beim ÖGB-Vorschlag eines „Comeback-Beteiligungsfonds“. Hier sollen Sozialversicherungs- und Steuerschulden nicht nur von Kleinbetrieben, sondern auch bis zu „systemrelevanten Betrieben“, in öffentliche stille Beteiligungen umgewandelt werden (ÖGB, ORF-Ö1, Kronen-Zeitung, 20.2.2021), Das heißt ohne Einflussnahme oder Steuerungseffekt der öffentlichen Hand als Geber des Geldes, das ja von den Steuern und Abgaben der Masse der arbeitenden Menschen stammt. Noch schlimmer: wenn dann die Steuer- und Versicherungseinnahmen fehlen, wer zahlt das dann oder leidet unter Leistungskürzungen im Gesundheitssystem? **Das hat wenig mit Sozialstaat zu tun, das ist eine Staatshilfen für Unternehmer, also Umverteilung nach oben.**

Die Wirtschaft handelt nach dem Motto: wenn man dir nimmt, dann schrei, wenn man dir gibt, dann nimm. Lassen sich die Gewerkschaften dazu einspannen – sei es aus „Staatsräson“, sei es aus „sozialpartnerschaftlich“ falschem Hoffen auf die „Vernunft“ der Unternehmer – dann sitzen sie zwischen zwei Sesseln – und die Mitglieder, die Basis, alle arbeitenden Menschen, zahlen drauf. Denn die Unternehmerseite – siehe oben – nimmt nur und gibt nichts freiwillig.

Und das, was der Unternehmerseite „sozialpartnerschaftlich“ rausverhandelt wurde, ohne breiter Mobilisierung und Kampf von unten, ist letztlich zu wenig für die Betroffenen, sowohl für die Arbeitenden (siehe die 1 Million Teilzeitarbeitenden, den Niedriglohnbereich in Pflege und Sozialdiensten oder z.B. die lächerliche 1,45 % Lohnerhöhung oder die schwache Homeoffice-Regelung, usw.), die Arbeitslosen (mit 45% weniger Lohn/Gehalt) und Kurzarbeitenden (mit 10 – 20% weniger Lohn/Gehalt) sowieso. Das alles erzeugt in der Bevölkerung begreiflich viel Unmut und Wut.

Schluss mit Druck, Dauerbelastung, Lohnverlust

Vor diesem explosiven Hintergrund hoffen Regierung und Wirtschaft übereinstimmend, dass die Apparate von ÖGB, Gewerkschaften, AK und SPÖ, möglichst eine Rolle zur Beruhigung der Bevölkerung einnehmen und nicht zur Mobilisierung von Protesten gegen den Sozial- und Demokratieabbau.

Noch immer gehen ÖGB-, AK- und SPÖ-Spitzen davon aus, dass doch die Kapitalisten einsehen müssten, dass ihr Kapitalismus den Wohlstand für alle an die Wand fahre, wie das das ÖGB-AK-Magazin „Arbeit & Wirtschaft 1/2021 für alle Betriebsräte in Österreich formuliert: „*Die Corona-Krise setzte (sic! schon vorbei?, Anm. d. Red.) dem Kapitalismus ein Stoppschild vor die Nase. Sie legt Schwachstellen eines Systems offen, das die Menschen und den Planeten an die Grenzen der Belastbarkeit bringt. Ein Neustart ist die Chance, das zu ändern.*“ Sie appellieren an die Kapitalisten: „*Der Sozialstaat ist nicht zu teuer, im Gegenteil. Er schützt die Wirtschaft vor einem Desaster.*“

Ja, der Befund ist richtig, die Kapitalisten fahren den Wohlstand an die Wand. Doch das interessiert die Kapitalisten, die nur Einzelinteressen verfolgen nicht. Sie nutzen den Sozialstaat nur in der Krise für sich selbst aus, solange sie etwas davon haben, dann verabschieden sie sich wieder davon – außer sie werden dazu gezwungen, dies nicht zu tun.

Nur der Widerstand der arbeitenden Menschen von unten hilft wirklich

Die Pandemie alleine zwingt die Kapitalisten nicht zum Einlenken. Im Gegenteil, sie nutzen die Pandemie für sich aus (siehe oben). Das kann man überall sehen, Die Industriebosse, die Lobbys bestimmen die „Coronapolitik“ der Regierung. Das „Stoppschild vor die Nase des Kapitalismus“ ist nicht die Pandemie, das kann nur breiter Widerstand gegen die Krisenabwälzung sein!

Was die Spitzen von ÖGB, Einzelgewerkschaften, AK und SPÖ-Opposition kaum ins Kalkül ziehen ist, dass die Regierung und die Wirtschaft sehr wohl Angst haben vor wirklich sozialem Protest und Aufstand. Auf gar keinen Fall wollen Regierung und Wirtschaft, dass Protest und Widerstand selbständig und gemeinsam in Betrieben und auf der Straße von jemanden mobilisiert und organisiert wird, vor allem nicht von Gewerkschaften, AK, ÖGB, Betriebsrät*innen, die noch das organisatorische Potenzial dafür hätten: Vor so einem organisierten echten Widerstand im Betrieb und auf der Straße von unten fürchten sich die Herrschenden wirklich, nicht vor „Verhandlungs-Begleitwirbel-Protest“, der dann wieder heimgeschickt wird. Nicht die ÖGB-, AK-, oder SPÖ-Spitzen sind die beste Lobby gegen Regierung und Industrie, sondern wenn ÖGB, AK, und SPÖ ihre Mitglieder als „Lobby“ mobilisieren!

Nur Widerstand gegen die Eliten, gegen die Willkür der Konzerne und Bosse, gegen Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Neo(s)liberale, Regierung, gegen die parlamentarischen und außerparlamentarischen Rechten wird zielführend die Interessen der arbeitenden Menschen verteidigen können. Es wird nicht durch „Sozialpartnerschaft“ mit der Wirtschaft und „Krisenzusammenarbeit“ mit der immer autoritärer werdenden Regierung möglich sein! Denn Regierung und Staatsapparat werden, wenn man ihnen nicht ins Ruder greift, die Pandemie weiter dazu nutzen, noch autoritärer zu werden. Warum? Um die von der Wirtschaftskrise betroffenen breiten Schichten der Bevölkerung, um deren Unmut unter Kontrolle zu halten. Der Zweck ist die Absicherung der Profite einzelner Lobbys und der Wirtschaft insgesamt.

DAHER: Jetzt müssen ÖGB, Gewerkschaften, Betriebsräte, SPÖ, AK gegen diese schon bereits stattfindende undemokratische und unsozialen Abwälzung der Krisenlasten mit all den der ökonomisch, sozialen, gesundheitlichen, psychischen Folgeschäden, gegen die Kürzungen der Vergangenheit und die himmelschreienden Missstände im Gesundheits- und Bildungssystem (Schulen, Kindergärten) aktiv organisieren, mobilisieren und protestieren!

Viele haben schon lange berechtigten Unmut gegen die soziale und gesellschaftlich zunehmende Deklassierung. Die Ankündigung vom ÖGB und AK, sich „nach der Krise“ zurückholen zu wollen, was den arbeitenden Menschen jetzt inzwischen genommen wurde und wird, ist schlimm. Das läuft de facto auf Beschwichtigung und Nachgeben mit existenziellen Folgen für die breite Masse der arbeitenden Menschen hinaus. Da werden dann die Rechten im Trüben fischen.

Wird nicht heute schon gegen den sozialen Kahlschlag, der mit Corona kaschiert wird, breit die Bevölkerung aufgeklärt und zu Protest und Widerstand organisiert, wird morgen von den Herrschenden auch die Demokratie in Frage gestellt und beseitigt, um die Ausbeutung noch weiter treiben zu können.

Die Taktik der Herrschenden:

Sozialstaat für Unternehmerprofite ausnutzen, Unterdrückung der arbeitenden Menschen vorbereiten

Die Taktik der Herrschenden scheint in der Krise zu sein, solange es geht mit dem Sozialstaat gegen den Sozialstaat, d. h mit den Sozialpartnern ÖGB und AK möglichst viel für die Unternehmenseite herausholen und den arbeitenden Menschen nur so viel zuzugestehen, dass es nicht zum Aufbegehren kommt

Weil der Unmut wächst und nicht von den sich als links verstehenden ÖGB-, AK- oder SPÖ-Spitzen aktiv und mobilisierend aufgegriffen wird, tauchen in letzter Zeit vermehrt und ganz offen die Rechten auf und

versuchen, diesen Unmut auf ihre Mühlen zu lenken. Sie werden von Politikern, etablierten politischen Parteien, Polizei, Militär und Wirtschaftskreisen zum Teil selbst befördert, kräftig finanziert aufgebaut und etliche von ihnen halten schon ganz offen zu ihnen Kontakt, zeigen sich mit ihnen oder verteidigen sie öffentlich.

Wenn es die „Sozialpartnerschaft“ einmal dem Kapital nicht mehr recht machen kann, dann sollen es die Rechten tun und die Massen kanalisieren bzw. echten Widerstand niederhalten. Mittlerweile werden fast wöchentlich größere Waffenfunde bei Rechten bekannt. Polizei und Militär wiederum werden gerade mit neuem Material oder mit Radpanzern aufgerüstet. Wozu wohl? Angeblich gegen Terrorismus! Wohl kaum, den letzten Terroranschlag hätte man mit den bisherigen Gesetzen und der Ausrüstung der Polizei verhindern können.

Die türkis-grüne Regierung lässt die Rechten als Organisatoren bei „Corona-Demonstrationen“ gewähren. In Wahrheit nutzt sie die tatsächliche oder vermeintliche Nichteinhaltung der Corona-Schutz-Maßnahmen dazu, das Demo- und Versammlungsrecht dort wo es ihr passt einzuschränken oder aufzuheben. Unter dem Vorwand, die Rechten zu bekämpfen – was sie aber nicht tut – wird gleichzeitig der Unterdrückungsapparat und Überwachungsstaat gegen die Bevölkerung ausgebaut. Warum? Weil die Krise noch lange nicht – wenn überhaupt – vorbei ist. Das Versprechen nach der „alten Normalität“ wird nicht eingelöst werden. Darum schon jetzt die Gewöhnung an die „neue Normalität“ mit Einschränkungen, Disziplinierung mit der Angst um den Arbeitsplatz, Arbeitsplatzverlust, Lohn- und Gehaltseinbußen, mit immer mehr Präsenz und Einsatz von Polizei und Militär.

Ihre „Freiheit“ – unsere Freiheit

Regierung, Polizei und Militär, Bundeskanzler, Innenminister und Verteidigungsministerin präsentieren sich besonders seit der Pandemie und seit dem verhinderbaren Terroranschlag in Wien als diejenigen, die für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen und Freiheit, Frieden und Demokratie schützen.

Doch die türkis-autoritäre Regierung mit grüner Behübschung hat Konkurrenz. Auch die rechte Opposition im Parlament und die außerparlamentarischen Rechten auf der Straße präsentieren sich als „Retter“, als „Verteidiger von Freiheit und Demokratie“. Soziale Sicherheit bieten sie diesen Menschen auch nicht an, nur Wut auf die Regierung. Den tatsächlichen Verursacher der Misere, die kapitalistische Wirtschaft, die die Sicherung der Profite der großen Unternehmer und Konzerne als oberstes Ziel hat und zur rasant steigenden Kluft zwischen Armen und Reichen führt, die greifen die Rechten auf der Straße und im Parlament natürlich nicht an. Sie wollen nur selbst die Geschäftsführer der Kapitalisten in Regierung, Verwaltung und Justiz werden. Darum geht es ihnen, nicht um das Wohl der Menschen.

Wenn dem nichts entgegengesetzt wird, kommt es schleichend und letztlich offen zu einer totalen Entsolidarisierung und Entmenschlichung der Gesellschaft, die ja schon jetzt im Zuge der Corona-Debatte vom Bundeskanzler, Innenminister usw. abwärts betrieben wird. So manche Wirtschafts- und Industrievertreter und rechte Politiker und politische Parteien in Parlament, Landtagen oder gar Landesregierungen bis hin zu offen rechtsextremen Gruppierungen und Parteien treten offen menschenverachtend, ja faschistoid auf. Sie sprechen bestimmten Menschengruppen letztlich die Lebensberechtigung ab, indem sie etwa sagen: Menschen in Altenheimen sind ja eh schon alt, ihr Sterben eh wahrscheinlich, also solle man wegen des Coronavirus die Wirtschaft doch nicht einschränken. Oder sie hetzen gegen Andersgläubige, Andersdenkende, Andersfärbige, ausländische Arbeitskräfte, die „unseren Arbeitslosen“ die Arbeit wegnehmen würden. Doch gleichzeitig importiert Wirtschaft und Industrie zu Zehntausenden Pflege- und Arbeitskräfte aus dem Ausland als Billiglohnkräfte zur Sicherung der Profite.

Auf den von den Behörden trotz teilweisen Untersagungen wohlwollend beobachteten und begleiteten „Corona“-Demonstrationen traten Rechten dann mit Transparenten mit wohlfeilen Begriffen wie „Freiheit, Frieden, Demokratie“ auf. Doch sie meinen nicht die Freiheit der Menschen, nicht die Freiheit des einzelnen Individuums. Sie missbrauchen den Wunsch und den Drang der Menschen nach Freiheit und die berechnete Ablehnung von nicht nachvollziehbaren Regierungsmaßnahmen, Kontrolle und Unterdrückung.

In Wirklichkeit sind ihnen die Interessen der arbeitenden Menschen völlig egal, sie vertreten die Interessen der Profitmacher auf Kosten der Menschen. Dafür häufen sie auch illegal Waffenlager usw. an. Sie spielen sich als Opposition gegen die Regierung auf, wollen aber nur selbst oder ihresgleichen (siehe das Demo-Transparent „Kurz weg Kickeln“) an die Schalthebeln der Polit-macht der Republik (zurück) befördern. An der Ausbeutung der Masse der Menschen durch Wirtschaft und Industrie, die Hunderttausende in Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Armut drängt, an dieser Freiheit der Konzerne haben die Rechten und Rechtsextremen nichts auszusetzen.

Setzt sich diese Gesinnung durch, ist nicht mehr das Leben, schon gar nicht das gute Leben für alle die oberste Perspektive. Dann greift eine Ellenbogengesellschaft des „nur der Stärkere kommt durch“, des

Faustrechts und der (staatlichen und der unternehmerischen) Willkür zur Aufrechterhaltung von Macht und Profit um sich. Das ist dann schon die Vorstufe zu einem neuen Faschismus.

Innenminister Nehammer hat zu den Kritikern der Regierungspolitik gesagt, dass sie Corona zu ihrem Geschäftsmodell gemacht hätten (Kronen-Zeitung, 16. 1. 2021). Tatsächlich wird Corona von den Rechten in- und außerhalb des Parlaments UND von der Regierung selbst auch als Geschäftsmodell genutzt.

Die Regierung will vorrangig die Profitmacherei der Wirtschaft vor Unruhe schützen, die organisierten Rechten auf der Straße wollen Unruhe schüren, um die Regierung in Bedrängnis zu bringen.

Dennoch schützt die Regierung die Rechten, siehe z.B. die Einstellung aller gerichtlichen Verfahren gegen die rechts-extremen Identitären, die offen gegen Andersdenkende, Andersgläubige, Ausländer usw. hetzen, Uni-Hörsäle gewalttätig besetzen, auf öffentlichen Gebäuden Hetztransparente hissen oder Spenden des Christchurch-Attentäters erhielten. So unabhängig ist die Justiz!

Wer all das nicht will, muss Wege und Mittel suchen, Verbündete zu finden und gemeinsam dagegenzuhalten.

Gleichermaßen gilt,

- gegen die im Namen von „Schutz vor Corona“ zur Profitabsicherung vorpreschenden Einpeitscher in Regierung und Wirtschaft oder die sozialpartnerschaftlichen Beschwichtiger der Folgen der Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Bevölkerung aufzutreten
- und ebenso gilt es, gegen die durch Politik und Massenmedien erst so richtig aufgewerteten Rechten und Rechts-extremen aufzutreten, die unbehelligt und trotz Missachtung aller Pandemie-Gesundheitsvorkehrungen im Schutz und mit Geleit der Behörden mit Corona ihre Suppe kochen.

Deshalb ist es so wichtig, JETZT ein Bündnis zu schließen:

- **von unten**
mit allen Interessierten und Willigen auf möglichst vielen Ebenen und in allen Bereichen
- **parteiunabhängig**
unter Ausschluss der menschenverachtenden und arbeiterfeindlichen politischen Rechten
- **ein Bündnis für**
menschenwürdiges Leben und Arbeiten ohne Ausbeutung, für Gesundheit, Bildung, Demokratie, Klima- und Umweltschutz!

(Artikel teilweise gekürzt aus: *Solidarität – unsere Chance*, Nr. 151, www.prosv.at)